

Neu festgesetzt im rechtsverbindlichen Bebauungsplan Nr. III/57A "Stadtvielpark Marbachshöhe" vom 16.11.2018

FESTSETZUNGEN DURCH TEXT

Art der baulichen Nutzung

(1) In den Bebauungsplänen, die in den Bebauungsplänen nach den §§ 2 bis 9 der Bauzonenverordnung (BauZVO) vorgesehen sind, sind die Festsetzungen durch Text zu ergänzen. Die Festsetzungen durch Text sind in den Bebauungsplänen nach den §§ 2 bis 9 der Bauzonenverordnung (BauZVO) zu ergänzen. Die Festsetzungen durch Text sind in den Bebauungsplänen nach den §§ 2 bis 9 der Bauzonenverordnung (BauZVO) zu ergänzen.

Tag Nacht

WR	55 dB (A)	45 dB (A)
WB	60 dB (A)	50 dB (A)
MI	65 dB (A)	55 dB (A)

Maß der baulichen Nutzung

(1) In den Bebauungsplänen WR I und WA II kann bei rezeptionsbezogener Bebauung eine GrZ, d.h. rezeptionsbezogene Bebauung, wenn Gebäudefußabstände an mindestens einer Seite ohne Grenzabstand erreicht werden.

(2) Die Zahl der Vollgeschosse wird als Höchstzahl festgesetzt.

(3) In den Bebauungsplänen WR I und WA II kann bei rezeptionsbezogener Bebauung eine GrZ, d.h. rezeptionsbezogene Bebauung, wenn Gebäudefußabstände an mindestens einer Seite ohne Grenzabstand erreicht werden.

(4) In den Bebauungsplänen WR I und WA II sind bauliche Anlagen auf rückwärtigen Grundstücken und Grundstücksanteilen zulässig, soweit bereits mehr als ein rückwärtiger Wohngebäude in dem jeweiligen Blockkernbereich (BKB) vorhanden sind. Die zulässigen baulichen Anlagen sind rückwärtige Wohngebäude in WR I und WA II zulässig, wenn die zulässige Bebauungshöhe die zulässige Bebauungshöhe nicht überschreitet und die zulässige Bebauungshöhe nicht überschreitet.

(5) In den Bebauungsplänen WR I und WA II sind bauliche Anlagen auf rückwärtigen Grundstücken und Grundstücksanteilen zulässig, soweit bereits mehr als ein rückwärtiger Wohngebäude in dem jeweiligen Blockkernbereich (BKB) vorhanden sind. Die zulässigen baulichen Anlagen sind rückwärtige Wohngebäude in WR I und WA II zulässig, wenn die zulässige Bebauungshöhe die zulässige Bebauungshöhe nicht überschreitet und die zulässige Bebauungshöhe nicht überschreitet.

PLANZEICHENERKLÄRUNG

WR	Reines Wohngebiet	1	Schule
WB	Allgemeines Wohngebiet	2	Kirche
MI	Besonderes Wohngebiet	3	Kindergarten
MK	Mischgebiet	4	Bürohaus
GE	Gewerbegebiet	5	Wohnheim
GI	Industriegebiet emissionsarm	6	Konkretbau
GI em	Industriegebiet emissionsarm	7	Feuerwehr
SO	Sondergebiet	8	Gewerbegebiet emissionsarm
SO em	Sondergebiet	9	Post
SO em	Sondergebiet	10	Strassenbahnhaltestelle

Anlagen für den Gemeinbedarf

Grünflächen

Öffentliche Parkanlage

Verkehrsgrün

Grünanlage

Friedhof

Sportplatz

Spielplatz

Private Parkanlage

Grünanlage, Gärten

Spielplatz

Planunterlagen hergestellt nach dem unter Zugrundelegung der Parkkarte städtischen Kartenwerk durch das Stadtvermessungsamt (VerM. St. nach § 8 Abs. 1 Nr. 1 Kat. Ges.)

Aufgestellt am 20. Januar 1981

Kassel, den 20. Januar 1981

Stadtvorstand

Stadtrat

Stadtvorstand

Stadtrat

Als Bebauungsplan-Entwurf zur öffentlichen Auslegung beschlossen von der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kassel gemäß § 2a Abs. 8 Satz 1 und 2 des Bundesbaugesetzes am 23. 2. 1981

Kassel, den 27. Februar 1981

Stadtvorstand

Stadtrat

Als öffentlich ausgearbeitet gemäß § 4 Abs. 6 Satz 1 und 2 BBauPG vom 21. 4. 1981 bis einschließlich 22. 5. 1981

Öffentlich ausgearbeitet in der Zeit vom 21. 4. 1981 bis einschließlich 22. 5. 1981

Kassel, den 2. April 1981

Stadtvorstand

Stadtrat

Als öffentlich ausgearbeitet gemäß § 4 Abs. 6 Satz 1 und 2 BBauPG vom 21. 4. 1981 bis einschließlich 22. 5. 1981

Öffentlich ausgearbeitet in der Zeit vom 21. 4. 1981 bis einschließlich 22. 5. 1981

Kassel, den 1. März 1982

Stadtvorstand

Stadtrat

Als öffentlich ausgearbeitet gemäß § 4 Abs. 6 Satz 1 und 2 BBauPG vom 21. 4. 1981 bis einschließlich 22. 5. 1981

Öffentlich ausgearbeitet in der Zeit vom 21. 4. 1981 bis einschließlich 22. 5. 1981

Kassel, den 1. April 1982

Stadtvorstand

Stadtrat

GENEHMIGT

mit Verfügung vom 29. Nov. 1982

- III/3e - III/3d - GlD 04 - 01 (01) -

Kassel, den 29. Nov. 1982

DER REGIERUNGSPRÄSIDENT

Im Auftrag

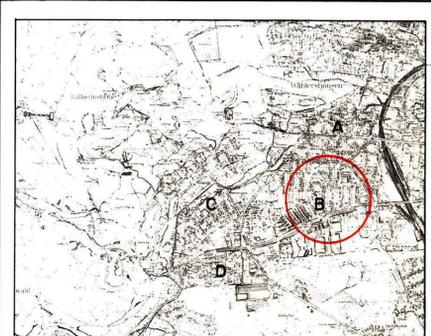
Der Regierungspräsident

Der mit dem Genehmigungsmerk der Aufsichtsbehörde beschlossene Bebauungsplan ist gemäß § 12 des Bundesbaugesetzes in der Fassung vom 18.8.1976 (BGBl. I S. 2256) verbindlich bekanntzumachen.

Kassel, den 7. Dezember 1982

Der Magistrat

Der Magistrat



STADT KASSEL

BEBAUUNGSPLÄNE

M. 1: 5000

GELTUNGSBEREICHE:

A WAHLERSHAUSEN

B DRUSELSTRASSE

C MÜLANG / NEUHOLLAND

D DÖNCHEN (NORD)

0 50 100 200 500m

NR. 3 WEST A-D

Rechtsgrundlagen:

Bundesbaugesetz (BBauG) in der Fassung vom 18.8.1976 (BGBl. I S. 2256), zuletzt geändert am 6.7.1979 (BGBl. I S. 849), Bauzonenverordnung (BauZVO) in der Fassung vom 18.8.1976 (BGBl. I S. 176), Hessische Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung vom 14.7.1977 (GVBl. I S. 139), Planzonenverordnung (PlanzVO) in der Fassung vom 19.1.1965 (BGBl. I S. 21), Verordnung über die Aufteilung von auf Landestheile bezogenen Regelungen in den Bebauungsplänen vom 28.1.1977 (GVBl. S. 82).